



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Reisebericht Mali (17. - 19. April 2013)

Nachdem mein erster Reiseversuch nach Mali in der ersten Aprilwoche an einem defekten Flugzeug der Air France gescheitert war, hatte ich zwei Wochen später doch noch die Gelegenheit mich der Reise meines Fraktionsvorsitzenden Jürgen Trittin anzuschließen.

Teilnehmer_innen:

Jürgen Trittin MdB

Katja Keul MdB

Maja Ifland, Fraktionsreferentin

Cornelius Huppertz, Fraktionsreferent

Ralph Beste, DER SPIEGEL

Christoph Hickmann, Sueddeutsche Zeitung

Mittwoch, den 17. April:

In Paris führten wir Gespräche mit der deutschen Botschafterin, dem Berater des Verteidigungsministers, Jean-Claude Mallet, dem Chef des Generalstabs, General Maire, sowie mit dem grünen Minister für Entwicklungszusammenarbeit Pascal Canfin.

Im Briefing der Botschafterin ging es vor allem um die wirtschaftliche Lage Frankreichs, das den Zusammenbruch des Exports in die südlichen EU-Länder deutlich schlechter verkraftet als Deutschland, obwohl die Quote mit 60 % Exportanteil in die EU annähernd gleich groß ist. Neu war mir die Information, dass Frankreich seinen Verteidigungshaushalt nun doch nicht in der geplanten

Höhe kürzen wird. Zur Entwicklung des europäischen Rüstungsmarktes will Frankreich bis zum Sommer konkrete Vorschläge gegenüber der Kommission machen.

Im Verteidigungsministerium ging es dann ausschließlich um Mali. Man versichert uns, dass Frankreich den Beitrag Deutschlands sehr zu schätzen weiß und dass es nicht so sei, dass man sich in irgendeiner Weise allein gelassen gefühlt habe. Genauso deutlich ist anschließend die Botschaft im Generalstab. (Einzig die Generäle vor Ort haben hierzu eine etwas andere Sichtweise.)

Der militärische Auftrag von Serval sei praktisch erfüllt. Die islamistischen Strukturen seien zerstört und 200 Tonnen Munition sicher gestellt. Die Truppen würden bis Juli auf 2000 und bis Jahresende auf 1000 reduziert. Entscheidend sei jetzt, dass der politische Prozess wieder in Gang käme, sonst wäre der Militäreinsatz am Ende umsonst gewesen. Wichtig sei jetzt die juristische Aufarbeitung der Verbrechen und die Ausbildung von Polizei.

Auf Nachfrage höre ich, dass sich das Verhältnis zu Algerien deutlich gebessert habe und das es zu einer historisch einmaligen Zusammenarbeit auch auf militärischer Ebene gekommen sei. Allerdings hätten die Algerier zunächst auf die falschen Verhandlungspartner gesetzt. Letztere seien es gewesen, die den Angriff auf Mopti gestartet hätten. Die Algerier hätten ihren Fehler aber sofort erkannt und entsprechend reagiert. Zentrums des Frusts sei nach wie vor Kidal. Dort bestehe nach wie vor das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den aufständischen Tuareg der MNLA und malischer Armee.

Beim Generalstab erfahren wir zusätzlich, dass die Truppen der afrikanisch geführten Unterstützungsmission in Mali (AFISMA) zwischenzeitlich quasi vollständig im Land eingetroffen und auch schon weitgehend im Norden stationiert worden sind. Die Ausbildung der malischen Armee habe begonnen. Man müsse allerdings auch Mittel für deren Ausstattung aufbringen – mit Ausbildung allein sei es nicht getan.

Donnerstag, den 18. April:

Ankunft in Mali. Hier können wir als erstes den Generalsekretär des Staatspräsidenten, Ousmane Sy sprechen. Der malische Präsident Traoré selbst war durch die am selben Tag stattfindende Konferenz der Afrikanischen Union (AU) gebunden.



© Cornelius Huppertz

Ousmane Sy betont, dass weder die Tuareg, noch der Islam die Krise verursacht hätten. Beides seien nur Scheinmotive – die wahren Motive seien rein krimineller Natur. Allerdings gäbe es aufgrund der Geschehnisse des letzten Jahres nun tatsächliche Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen, mit denen man umgehen müsse.

Mali benötige grundlegende Reformen auf drei Ebenen:

1. demokratische Strukturen und demokratische Kontrolle;
2. Dezentralisierung der Verwaltung;
3. Regulierung des bislang 100 % informellen Wirtschaftssektors.

Die Rückkehr der Flüchtlinge habe begonnen. In Kidal allerdings nicht. Dort leben fast ausschließlich Tuareg und man habe die MNLA bislang gewähren lassen, um Racheakte der malischen Armee zu vermeiden. Ein Massaker an 100 Soldaten im Januar 2012 in dieser Gegend hatte den Putsch maßgeblich mit verursacht. Die Hoffnung der Franzosen, von der MNLA Informationen über den Verbleib ihrer Geiseln zu erhalten, habe sich inzwischen zerschlagen. Bis Mitte Mai soll nunmehr auch Kidal „befreit“ werden, damit auch dort die Wahlen am 7. Juli durchgeführt werden können.

Bedingungen für Gespräche mit der MNLA seien:

1. Niederlegung der Waffen;
2. Anerkennung der territorialen Integrität des malischen Staates (keine Unabhängigkeit);
3. Anerkennung des laizistischen Staates.

Hoffnung mache ihm bei alledem, dass die Krise eine gewisses politisches Bewusstsein gerade bei der Jugend geweckt habe. Die meisten Malier hätten sich lange von der Politik abgewendet, was ein Grund für die extrem niedrige Wahlbeteiligung in der Vergangenheit darstelle.

Beim Briefing der EU-Mission im Hauptquartier in Bamako schildert uns General Lecointre den desolaten Zustand der malischen Armee und die Aufteilung der Ausbildungsbereiche zwischen den 13 beteiligten EU-Ländern. Dabei versäumt er nicht, sich über die mangelnden Französischkenntnisse seiner europäischen Kollegen zu beschweren. Auf Nachfrage muss er allerdings eingestehen, dass auch nur 30 % der auszubildenden Soldaten Französisch sprechen. In Mali spricht zwar jede Ethnie auch ihre eigene Sprache – die meisten (etwa 2/3) sprechen daneben aber auch Bambara, die Sprache der größten Ethnie.

Bei der Ausbildung haben sich die 13 EU-Länder darauf verständigt, dass jeder die Ausbildung einer speziellen Fähigkeit allein übernimmt, damit keine Konfusion entsteht. Allein bei der Infanterieausbildung gibt es gemischte Teams. Beim Mittagessen sprechen wir mit zwei Mitgliedern der Beratergruppe der Bundeswehr, die beide bereits seit vielen Jahren im Land leben und während der Krise nach Deutschland zurück mussten, wo sie dann auch ab Herbst (warum nicht eher??) in die militärischen Planungen einbezogen wurden.

In Koulikoro besichtigen wir das Ausbildungslager, das sich neben der malischen Offizierschule befindet. Dort werden die malischen Anwärter drei Jahre lang durchgehend zu Offizieren ausgebildet.



© Cornelius Huppertz

Das Lazarett ist unter deutscher Führung (39 Deutsche und 10 Österreicher) aufgebaut und vollständig einsatzfähig. Sie sollen die Versorgung der 450 europäischen Soldatinnen und Soldaten gewährleisten. Bei Notfällen werden auch malische Soldaten oder auch mal Zivilbevölkerung versorgt. Die Zeltunterkünfte der SoldatInnen sind trotz der Generatoren nur unwesentlich

kälter als die Außentemperatur mit 42 Grad. Feste Gebäude für die Unterbringung sind im Bau. Unter den 196 Trainern befinden sich derzeit 17 Deutsche. Auf dem Stundenplan der Mission finden wir auch Einheiten zu Völkerrecht und Menschenrechten.

Auf dem Rückweg besuchen wir ein EZ-Projekt in der Gemeinde Sangarebougou, wo wir vom örtlichen Gemeinderat begeistert begrüßt werden. Sie überreichen uns ein Foto meiner Kollegin Agnieszka Brugger, die Anfang April da war und betrachten Jürgen und mich als „Rest“ der Delegation, was sie sicher amüsiert hätte.

Ich bin vor allem überwältigt von der Anzahl der Kinder, die zu Hunderten durch die Straßen laufen. Bereits während der Autofahrten ist mir die Präsenz der Kinder links und rechts der Straße aufgefallen. Wir kommen eben doch aus einer überalterten Gesellschaft und sind den Anblick so vieler Kinder nicht mehr gewöhnt.



© Cornelius Huppertz

Ich spreche die Frauen aus dem Gemeinderat darauf an und sie fragen mich zurück, warum denn die Deutschen keine Kindern mehr bekommen würden. Ich versuche etwas von Vereinbarkeit Beruf und Familie zu stammeln, was aber in dieser Umgebung irgendwie absurd wirkt.

Wir besuchen die beiden Klassen der einzigen Schule und auch dort ist der Empfang der Kinder, die auf ihren letzten Papierschnipseln deutsche Flaggen gemalt haben, überwältigend. In jedem Raum sitzen bis zu hundert Kindern eng an eng, selbst die Lehrkraft gönnt sich keinen Meter Bewegungsraum. Ein Mädchen meldet sich und erklärt uns selbstbewusst und mit fester Stimme, sie bräuchten mehr Klassenräume und Elektrizität. Außerdem wünschten Sie sich eine deutsche Partnerschule. Wir versprechen uns darum zu kümmern und bekommen dazu noch ein Empfehlungsschreiben des Schulleiters auf den Weg.



© Cornelius Huppertz



© Cornelius Huppertz

Was gibt es Besseres als Basis für eine demokratische Gesellschaft, als selbstbewusste Kinder, die offen auf Fremde zugehen, Fragen stellen und ihre Forderungen formulieren?

Ganz anders die Reaktionen bei der Familie, die wir anschließend besuchen, die Flüchtlinge aus dem Norden aufgenommen haben. Hier sind vor allem einige der Frauen sichtbar traumatisiert und auch die Kinder schauen verschüchtert zu Boden. Wir sind unangenehm berührt, dass uns die Familie vorgestellt wird, ohne

daß wir ein konkretes Hilfsangebot zu unterbreiten haben – zumal wir nicht die ersten Abgeordneten sind, denen diese Familie präsentiert wird.

Nach unserer Rückkehr in Bamako treffen wir auf einem Empfang des dänischen Botschafters erneut auf General Lecointre, mit dem ich mich diesmal etwas ausführlicher unterhalte und erstaunt feststelle, dass wir in der Bewertung des Libyen Einsatzes sehr nah beieinander sind. Wir treffen außerdem auf General de Saint-Quentin, den Leiter der Mission Serval, sowie diverse Botschafter aus Europa, Kanada und den USA.

Ich treffe außerdem auf den EU-Regionalbeauftragten für die Sahelzone, Michel Dominique Reveyrand de Menthon, der die Region schon lange gut kennt und bereits früher als Botschafter vor Ort war.

Freitag, den 19. April:

Am nächsten Morgen besuchen wir als Erstes den Verteidigungsminister. Auch er verheimlicht nicht den aktuellen Zustand der Armee und betont mehrfach, dass diese auch dringend ausgerüstet werden müsste. In früheren Jahren hätte die Regierung die Armee bewusst schlecht ausgerüstet, weil man der Auffassung war, eigentlich keine Armee zu benötigen und eher Angst vor einem starken Militär hatte. Jetzt habe man allerdings erkannt, dass man sich ohne handlungsfähige Armee als Staat nicht wehren könne. Außerdem haben man früher immer versucht abtrünnige Gruppierungen in die Armee zu integrieren. Aufgrund der schlechten Erfahrungen wolle man diese Fehler jetzt nicht mehr wiederholen. Wer gegen die malische Armee gekämpft hat, soll nicht mehr Soldat sein und sich um einen anderen Beruf bemühen. Die Auseinandersetzung zwischen den „Putschisten“ und den Anhängern des ehemaligen Präsidenten seien inzwischen weitgehend beigelegt. Man würde jetzt gemeinsam agieren für ein gemeinsames Ziel.

Ein Höhepunkt des Programms ist das Gespräch mit dem Leiter der UNOM, David Gressley, der zwar noch nicht lange im Amt ist, aber bereits alle Regionen im

Norden persönlich besucht hat und uns aus eigener Anschauung die Situation schildert.

In Timbuktu und in Gao sei die Verwaltung teilweise schon zurück gekehrt. Die Bevölkerung vor Ort sei allerdings enttäuscht, da sie sich von der staatlichen Verwaltung während der Besetzung allein gelassen gefühlt habe. Die Bevölkerung musste sich während dieser Zeit selbst helfen und ist nicht bereit die jetzt zurück kehrende Verwaltung einfach so zu akzeptieren.

Obwohl die Songhai, die am Niger zwischen Timbuktu und Gao leben unter der Besetzung durch islamistische Gruppierung MUJAO fürchterlichen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren, ist deren historische Abneigung gegenüber der MNLA noch größer als gegenüber der MUJAO. Auf diese Befindlichkeiten muss bei Verhandlungen unbedingt Rücksicht genommen werden. Auf keinen Fall sollten diese Vermittlungen durch einen militärischen Repräsentanten vorgenommen werden, sondern vielmehr durch zivile UN-Vetreter. Die Menschen vor Ort wünschten sich Wahlen, sobald wie möglich.

Humanitäre Hilfe sei im gesamten Norden vor Ort und es fänden auch Lebensmittelverteilungen statt. Die Infrastruktur sei allerdings völlig zerstört und es fehle völlig an Schulen und Lehrern, was viele Flüchtlinge davon abhält mit ihren Familien zurück zu kehren. Es gäbe auch keine Banken mehr, so dass Bargeld auf dem Landweg in den Norden transportiert werden müsse.

In Kidal wehe überall die Flagge des Azawad, des Wunschstaates der Tuareg-Rebellen und die Kinder auf der Straße rufen diesen Namen. Das stelle ein noch zu lösendes Problem dar. Als nächstes stünde die Einrichtung der dauerhaften Präsenz von UN-Beobachtern in den Städten des Nordens an.

Am Nachmittag sprechen wir zunächst mit Repräsentanten der ehemaligen Regierungspartei ADEMA, die einen neuen, jungen, weitgehend unbekanntem Präsidentschaftskandidaten aufgestellt hat.

Anschließend treffen wir in der Residenz des Botschafters vier Abgeordneten des Nordens, die uns beweisen, dass die Debattierfreudigkeit der Malier keine bloße Selbstwahrnehmung ist. Die vier streiten sich engagiert und heftig, obwohl sie sich persönlich offensichtlich gut kennen und schätzen.



© Cornelius Huppertz

So hält der Vorsitzende des Vereins der gewählten Vertreter des Nordens die von der Übergangsregierung eingesetzten Kommission für illegitim und weigert sich, diese anzuerkennen. Die Zusammensetzung hält er nicht für repräsentativ und zu vorteilhaft für die MNLA. Versöhnung könne man nicht staatlich verordnen und er distanzieren sich von der Kommission im Namen des gesamten Nordens. Sein Counterpart, der derzeitige Tourismusminister, betont dagegen, die Kommission sei doch lediglich ein Beratungsgremium für die Regierung und würde nicht den Anspruch haben, die Versöhnung zu verordnen.

Einig ist man sich, dass die Präsidentschaftswahlen dringend am 7. Juli stattfinden müssten. Die Parlamentswahlen seien später im Oktober vorgesehen. Derzeit seien 9 Millionen Wähler für die Präsidentschaftswahlen registriert. Von

den Flüchtlingen sind erst etwa 10.000 zurück gekehrt, etwa 7.000 nach Gao und 3.000 nach Timbuktu. Er sei aber optimistisch, dass es eine größere Welle der Rückkehrer geben wird, sobald die ersten Rückkehrer berichten, dass die Lage sicher sei. Er rechne mit einer Art „Dominioeffekt“.

Der Vorsitzende der deutsch-malischen Freundschaftsgruppe betont, wie wichtig eine schnelle Rückkehr sei, da sonst Ansprüche am Land verloren gehen könnten, was dann wiederum langfristige Probleme nach sich ziehe.

Beim anschließenden Abendessen treffe ich auf Herrn OTL Seydou Kamissoko, einen Vertreter der ECOWAS Ausbildungsschule, die ich gerne besichtigt hätte. Ich finde es schon kurios, dass direkt in Bamako afrikanische Soldaten für multilaterale UN-Missionen ausgebildet werden und Anforderungen aus ganz Afrika bekommen, aber offensichtlich noch keine strukturierte Zusammenarbeit mit der UNO bzw. AFISMA im eigenen Land funktioniert.

Als wir am Abend zum Flughafen aufbrechen habe ich schon das Programm für die nächste Reise im Kopf: Gespräch mit dem algerischen Botschafter in Mali, Besuch der ECOWAS Ausbildungsschule und Besuch der deutschen Soldaten in Dakar, Senegal.

Es bleibt zu hoffen, dass Mali bis dahin über eine stabile, demokratisch gewählte Regierung verfügt und dass die Kinder der in den Norden zurück gekehrten Familien wieder zur Schule gehen.

Katja Keul, im April 2013